



Nicht mehr nur die grossen Kulturinstitutionen wie das Schauspielhaus sollten Beiträge für die Zürcher Festspiele erhalten. Die SP war dagegen. KEY

# SP-Sparübung trifft Kulturschaffende

**Zürcher Festspiele** Die Sozialdemokraten wollen keine zusätzlichen Mittel für Kleintheater

VON MICHAEL RÜEGG

Zwar wechselten sie über die Jahrzehnte immer wieder ihren Namen. Doch insgesamt blicken die Zürcher Festspiele auf eine lange Geschichte zurück. Sogar Richard Wagner persönlich soll während seines Zürcher-Aufenthalts Mitte des 19. Jahrhunderts erste Ideen zu Festspielen entwickelt haben.

Seit 1996 stehen hinter dieser Bezeichnung die vier tragenden Zürcher Kulturinstitutionen: das Opernhaus, das Schauspielhaus, die Tonhalle und das Kunsthaus. Seither veranstalten die vier jeweils nach Saisonende im Juni in Absprache miteinander ein Kulturprogramm. Finanziert wird es bislang unter anderem mit 1,1 Millionen Franken durch den Kanton und mit 300 000 Franken durch die Stadt.

## Mehr Geld für kleine Produktionen

Nun wollte der Zürcher Stadtrat erreichen, dass sich auch kleinere Häuser am Festspielprogramm beteiligen können. Bereits dieses Jahr trugen die Theater Gessnerallee, Neumarkt und Rigiblick sowie der Jazzclub Moods zum Programm bei. Allerdings waren nicht alle Aufführungen über das Festspielbudget gedeckt. So klagt etwa das Theater Rigiblick, dass sein diesjähri-

ges Festspielstück «Die Heimholung» unter der Regie von Volker Hesse keine Beiträge aus dem Festspielbudget erhalten hat.

Deshalb strebte der Stadtrat einen neuen Verteilschlüssel an: Eine Million Franken soll künftig den vier grossen Häusern für Produktionen zur Verfügung stehen, eine halbe Million den mittleren und kleineren. Möglich sei dies jedoch nur, wenn der jährliche Beitrag von 300 000 auf 500 000 Franken erhöht werde.

Doch der linksgrüne Stadtrat hat die Rechnung ohne die SP gemacht. In der vorberatenden Kommission strichen die Sozialdemokraten die Erhöhung von 200 000 Franken aus dem Antrag. Dafür waren Grüne und FDP.

## SP will Sparsamkeit markieren

Der Präsident der vorberatenden Kommission, Mark Richli (SP), musste dem Vernehmen nach sein Nein zur Erhöhung contre coeur vertreten. Seine eigene Fraktion hatte ihn überstimmt. Die Gründe für die ablehnende Haltung der Partei sieht SP-Kommissionsmitglied Jean-Daniel Strub unter anderem in der städtischen Finanzlage: «Wir zeigen damit, dass wir gewillt sind, im Dienst der Finanzen durchaus Abstriche hinzunehmen», so Strub – auch wenn dies

seiner Partei natürlich nicht leicht gefallen sei.

Die ablehnende Haltung des wichtigsten «Regierungspartners» überraschte die Grünen, die sich für eine Erhöhung des Beitrags einsetzten:

**«Wir zeigen damit, dass wir gewillt sind, im Dienst der Finanzen Abstriche hinzunehmen.»**

Jean-Daniel Strub, Stadtzürcher SP-Gemeinderat

«Die SP hat sich vom Spargebot beeindruckt lassen», sagt Peider Filli, ebenfalls Kommissionsmitglied. «Wir fanden die Investition sinnvoll, weil damit kleinere Produktionen unterstützt werden sollten», so Filli.

## Wider das eigene Kulturpapier

Widerspruch wird der städtischen SP auch durch ihre eigenen schriftlich festgehaltenen Grundsätze zuteil. In ihrem kürzlich veröffentlichten Kulturpapier heisst es: «Kulturförderung ist als Finanzierung gesellschaftlicher Grundlagenforschung zu verstehen. Es ist Geld und Freiheit nötig, damit dabei etwas heraus-

kommt, das weiterführt. Deshalb unterstützt die SP die staatliche Kulturförderung.» Dass gerade diese Partei die Unterstützung von kleinen und mittleren Kulturinstitutionen im Rahmen der Festspiele nun verhindert, stört nicht nur die grünen Kommissionsmitglieder.

## Festspiele «zu bürgerlich»

Ein Insider spricht von einem «anderen Kulturverständnis» der SP. Die Festspiele trügen für viele Sozialdemokraten einen zu bourgeoisem Anstrich. Einige Genossen würden darin nur ein Angebot für Goldküstenbewohner sehen. Nach dem Motto: «Wenn die Aufführung nicht in einem besetzten Gebäude stattfindet, ist sie kulturell nichts wert.»

Dabei sind einstige Grenzen zwischen etablierter Hochkultur und zeitgenössischer Szene längst passé. «Wer heute Marthaler sehen will, kann ins Opernhaus oder in die Rote Fabrik gehen», sagt eine mit Kulturmanagement vertraute Person.

Bleiben die Mehrheitsverhältnisse, wie sie sind, wird die Erhöhung im Gemeinderat Schiffbruch erleiden. Mit den Grünen dürfte einzig die FDP dafür sein. Die Gegner aus SP, SVP, CVP und selbst AL werden wohl obsiegen.

## Nachrichten

### Strassen Verfahren nach Tod eines Velofahrers

Nachdem im September ein Velofahrer in der Bahnhofquai-Unterführung in der Stadt Zürich tödlich verunfallte, hat die Staatsanwaltschaft laut «NZZ am Sonntag» ein Verfahren wegen fahrlässiger Tötung gegen den involvierten Lastwagenfahrer eröffnet. Der Tod des 35-Jährigen führte in Zürich zu einer Debatte darüber, wie sicher die städtischen Velospuren und Wege sind. Nach dem tragischen Unfall wurde die Onlinepetition «Stadt Zürich: Sichereres Velonetzen bauen» lanciert. (AZ)

### Abstimmung Gut wartet vor Familieninitiative

Die Finanzdirektion Ursula Gut (FDP) wartet vor höheren Steuern im Fall einer Annahme der Familieninitiative, über die am 24. November abgestimmt wird. In einem Interview mit der «NZZ am Sonntag» sagt Gut, dass jährlich rund 250 Millionen Franken in den Kassen des Kantons Zürich und den Gemeinden fehlen könnten. Die Initiative benachteilige Familien mit Fremdbetreuung, aber auch Alleinerziehende und Kinderlose, «die heute schon viel Steuern zahlen», so Gut. (AZ)

## Mehrere Tonnen Abfall aus der Limmat gefischt

**Limmatputzete** Einkaufswägel, Velos, Bauabschrankungen, Taschen sowie unzählige Flaschen und Dosen – das ist die Ausbeute der grossen Limmatputzete vom Samstag. Insgesamt wurden mehrere Tonnen Abfall aus dem Fluss gefischt, wie die Stadtpolizei Zürich mitteilte. Dieses Jahr war es aber etwas weniger als bei der letzten Limmatputzete im Jahr 2010.

Die Limmatputzete zwischen Rudolf-Brun-Brücke und Kornhausbrücke wurde von der Stadt Zürich gemeinsam mit verschiedenen Partnerorganisationen durchgeführt. 110 Freiwillige und 70 Taucherinnen und Taucher nahmen an der Aktion teil.

Es fanden sich auch aussergewöhnliche Gegenstände, so eine Langwaffe (Pump-Action), die Stadtpolizei prüft nun, ob diese einem Delikt zugeordnet werden kann. Auch fanden die Taucher einen Grill, eine Lichtmaschine sowie einen Zeitungskasten in der Limmat. (SDA)

# 200 Professoren proben den Aufstand gegen Uni Zürich

**Affäre Mörgeli** Namhafte Professoren aus dem In- und Ausland haben ein Protestschreiben gegen die Entlassung der Direktorin des Medizinhistorischen Instituts unterzeichnet.

Der Rauswurf der stellvertretenden Direktorin des Medizinhistorischen Instituts, Iris Ritzmann, wirft innerhalb und ausserhalb der Universität Zürich (UZH) hohe Wellen. In einem Protestschreiben äussern sich in- und ausländische Professoren bestürzt über das Vorgehen der Universität gegenüber der Titularprofessorin Iris Ritzmann. Man könne sich des Verdachts nicht erwehren, dass die Universität glaube, ein Bauernopfer bringen zu müssen, um politischem Druck nachzugeben.

## Untersuchung gefordert

Die Unterzeichnenden fordern die Leitung der UZH auf, die Kündigung

zurückzunehmen. Zudem solle sie die Probleme des Medizinhistorischen Instituts untersuchen und öffentlich machen. Fehler der Vergangenheit dürften nicht unter den Teppich gekehrt werden.

Laut Hubert Steineke, Direktor des Instituts für Medizingeschichte der Universität Bern, wurde die Unterschriftensammlung von einer Gruppe von 12 Professorinnen und Professoren aus der Schweiz, Deutschland und Österreich lanciert. Er bestätigte auf Anfrage entsprechende Meldungen in den Sonntagsmedien.

Koordiniert werde die Aktion von sechs Personen. Dazu gehören neben Steineke Vincent Barras (Lausanne), Elisabeth Dietrich-Daum (Innsbruck), Monika Dommann (Uni Zürich), Heiner Fangerau (Ulm) und Philip Ursprung (ETH Zürich).

## 400 Personen haben unterzeichnet

Bis Sonntag haben 400 Personen, darunter 200 Professorinnen und Professoren aus dem In- und Aus-

land, das öffentliche Protestschreiben unterzeichnet, wie Steineke sagte. Am kommenden Donnerstag oder Freitag will die Gruppe den vollständigen Text samt allen Unterschriften via Zeitungs-Anzeige sowie auf einer Website bekannt machen.

**Man könne sich des Verdachts nicht erwehren, dass die Universität glaube, ein Bauernopfer bringen zu müssen.**

Die Universität Zürich hatte die Medizinhistorikerin Iris Ritzmann Anfang letzter Woche entlassen. Die Universitätsleitung wirft ihr vor, einem Journalisten des «Tages-Anzeigers» vertrauliche Informationen über das Medizinhistorische Institut zugespielt und schwerwiegende Loyalitätsverletzungen begangen zu haben. Mit ihrem Verhal-

ten habe Ritzmann zur Berichterstattung über Christoph Mörgeli beigetragen, schrieb die UZH in einer Mitteilung.

## Ritzmann will Kündigung anfechten

Im November 2012 hatte die UZH zudem eine Strafanzeige gegen unbezahlt wegen Amtsgeheimnisverletzung eingereicht. Schon bald darauf wurden Iris Ritzmann und ihr Ehemann, der ebenfalls an der UZH arbeitet, für eine Nacht in Polizeihaft genommen. Danach wurden beide Arbeitsverhältnisse sistiert. Laut «NZZ am Sonntag» erhielt Ritzmann nach der Entlassung aus der Polizeihaft ausserdem eine Morddrohung. Der Täter konnte ermittelt werden. Er wurde zu einer Geldstrafe von 6000 Franken verurteilt.

Mit der nun erfolgten Kündigung fordert die Uni von Iris Ritzmann alle Lohnzahlungen seit ihrer Suspendierung zurück. Zudem will die Uni prüfen, ob ihr der Professorentitel aberkannt werden soll. Ritzmann ihrer-

seits sieht die Kündigung als Straftat und will diese anfechten.

## Rektor rechtfertigt Datenweitergabe

Weiter wurde bekannt, dass sich Universitätsrektor Andreas Fischer am Freitagnachmittag mit einem internen E-Mail an Universitätsmitarbeitende wandte, um «die zum Teil falsche Berichterstattung richtigzustellen», wie die «Schweiz am Sonntag» berichtet. Darin rechtfertigte er auch die Herausgabe von Daten von Uniangehörigen.

Die «Sonntagszeitung» berichtete zudem, dass die nicht zur Ruhe kommenden Affäre nun auch die Aufsichtscommission des Zürcher Kantonsrats beschäftigt. Mehrere Gesuche um eine Untersuchung des Falls sind gemäss Kommissionspräsident Hans-Peter Portmann (FDP) eingegangen. Bis zum 14. November würden nun verfügbare Informationen gesammelt, danach entscheidet die Aufsichtscommission über das weitere Vorgehen. (SDA/RUE)